



Presseinformation

Nr. 203/2002

Kiel, Donnerstag, 20.06.2002

Zuwanderungsgesetz

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Christel Happach-Kasan, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Dr. Heiner Garg, MdL

Günther Hildebrand, MdL

Günther Hildebrand: „Nun muss sich Ministerpräsidentin Simonis um die Finanzierung der Sprachkurse kümmern“

Zur Reaktion der Schleswig-Holsteinischen Ministerpräsidentin, Heide Simonis, auf die Unterzeichnung des Zuwanderungsgesetzes durch Bundespräsident Rau, erklärte der innen- und rechtspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Günther Hildebrand**:

„Das Zuwanderungsgesetz ist nun endgültig auf den Weg gebracht. Wir rechnen damit, dass die Union nun in Karlsruhe vor dem Bundesverfassungsgericht klagen wird.

Frau Simonis fordern wir hingegen auf, sich darum zu kümmern, dass die Kosten für die Sprachkurse von Immigranten - wie ursprünglich vom Bundeskanzler versprochen - durch den Bund getragen werden. Es kann nicht sein, dass diese Kosten nun den Ländern oder den Kommunen auferlegt werden“, erklärte Hildebrand.

„Wir stimmen mit Frau Simonis ausdrücklich darin überein, dass Zuwanderung mit einem großen wirtschaftlichen Nutzen für unser Land verbunden sein kann. Es wundert uns nur, warum die Hürden im Gesetz für einwanderungswillige, hochqualifizierte Arbeitskräfte auf Betreiben der SPD so hoch gesetzt wurden. Nach dem Gesetz müssen diese Personen ein Mindesteinkommen von 81.000 € nachweisen können. Das steht im krassen Widerspruch zu den Aussagen der Ministerpräsidentin. Wir hätte uns hier weniger strenge Regelungen gewünscht“, so Hildebrand abschließend.

www.fdp-sh.de